

14.01.2009

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 16.12.2008

Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Sitzungsort:	Technisches Rathaus Roßlau, Gustav-Bergt-Str. 3, Raum 228

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Lohde, Jacqueline
Rumpf, Frank

Vertretung für Herrn Mau
Anwesend ab TOP 5.3

Fraktion der SPD
Laue, Harald

Entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM
Böhler, Axel
Tonndorf, Klaus

Vertretung für Herrn Hofmeister

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Schmidt, Holger Dr.

Fraktion der FDP
Neubert, Jürgen Dr.

Entschuldigt

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde in der zur Sitzung ausgereichten Form ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 0

3. **Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2008**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 18.11.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es ungeändert Bestätigung fand.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 1

4. **Bekanntgabe der Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen vom 05.11.2008 und 18.11.2008**

In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes Stadtpflege am 05.11.2008 erfolgten keine Beschlussfassungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung, gab **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bekannt. Der Ausschuss nahm den Vergabebeschluss zur Verwertung von Bioabfällen aus der Stadt Dessau-Roßlau (Vorlage: DR/BV/424/2008/II-EB) mit der Empfehlung des Betriebsausschuss (5 / 0 / 2 – mehrheitlich) zur Behandlung im Stadtrat zur Kenntnis.

In der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 18.11.2008 nahm das Gremium den Beschluss zur Vergabe von Bauleistungen „ExWoSt-Vorhaben Interkultureller Generationenpark“ (Vorlage: DR/BV/394/2008/VI-65) an die Fa. Galabau, Dessau-Ziebigk zur Kenntnis.

Der Vergabe von Planungsleistungen „Einladung zum VOF-Verhandlungsverfahren für das Bauvorhaben Generalsanierung der Sekundarschule "Am Rathaus" im zukünftigen Schulstandort Ringstraße 48 in Dessau-Roßlau“ (Vorlage: DR/BV/438/2008/VI-65) wurde in ungeänderter Form die mehrheitliche Zustimmung erteilt (7 / 0 / 1).

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Bebauungsplan Nr. 196 "An der Kreisstraße" - Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: DR/IV/116/2008/VI-61

An dieser Stelle, so **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, in seiner kurzen Einführung, informiere die Verwaltung darüber, dass im Bebauungsplanverfahren für die Wohnbebauung „An der Kreisstraße“ die frühzeitige Bürgerbeteiligung durchgeführt werde. Diese diene der Prüfung, ob öffentliche oder private Belange dem Vorhaben entgegenstehen.

Auf die Nachfrage des **Herrn Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, hinsichtlich der ursprünglich vorgesehenen Bebauung im hinteren Grundstücksbereich, erklärte **Herr Bürgermeister Gröger**, dass der Investor sich entschieden habe, auf die hintere Bebauung zu verzichten.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.2. ExWoSt-Vorhaben "Interkultureller Generationenpark" Umsetzung der interaktiven Beleuchtung Vorlage: DR/IV/120/2008/VI-65

Bezug nehmend auf die Vereinbarung im Zuge des Maßnahmebeschlusses, das Gremium bei auszuführenden Teilleistungen im ExWoSt-Vorhaben „Interkultureller Generationenpark“ zu informieren, erläuterte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, die geplante Umsetzung der interaktiven Beleuchtung im vorderen Teil des Stadtparks.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, merkte an, dass vorgesehen war, die Wegeführung mit interaktiv gesteuerten Leuchten zu akzentuieren. Entsprechend des in Anlage A dargestellten Leuchtenfeldes seien teilweise Grünanlagen erfasst und es ergebe sich ein hoch dimensioniertes Feld, dessen Notwendigkeit hinsichtlich der Größe zu hinterfragen sei.

Da die Leuchten nur im Betretungsfall geschaltet werden, stellt sich bereits dadurch eine Reduzierung ein, so **Herr Bekierz**. Hier arbeitete man an einem Experiment, dessen Auswertung nur in der Flächigkeit möglich sei. Bei der später vorgesehenen Beleuchtung der Wegeführung in Ost-West-Richtung sei dies einfacher zu lösen. Im dargestellten Lichtfeld werde man neben einer minimalen Grundausleuchtung nur im Bedarfsfall bei Benutzung entsprechender Bereiche die Beleuchtung in ihrer Intensität erhöhen.

Die durch **Herrn Dr. Schmidt** erwähnten Überschneidungspunkte der Leuchten mit dem vorhandenen Baumbestand fanden nach Aussage von **Frau Dr. Lott, Amt für Zentrales Gebäudemanagement**, Berücksichtigung. Weiterhin erläuterte sie, dass die Fortführung der interaktiven Beleuchtung entlang der Ost-West-Wegebeziehung im Park noch im Jahr 2009 realisiert werden soll.

Die Nachfrage des **Herrn Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, nach der technischen Lösung, die zum Zeitpunkt der Fassung des Maßnahmebeschlusses noch nicht endgültig geklärt war, beantwortete **Herr Bekierz** dahingehend, dass man hier im Rahmen des ExWoSt-Projekts ein Experiment in der praktischen Anwendung erprobe. **Herr Bürgermeister**

Gröger ergänzte, dass der labortechnische Versuch erfolgreich verlaufen sei und nun die praktische Umsetzung und Erfolgskontrolle anstehen.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.3. Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt vom 22.7.2008 Vorlage: DR/IV/104/2008/I-12

In seiner Einführung bezeichnete **Herr Schwarzbach, Leiter des Amtes für Gebietsangelegenheiten, Ortschaften und Bürgerangelegenheiten**, die gebündelte Stellungnahme der Stadt als Grundlage der Sicherung der oberzentralen Funktion der Doppelstadt für die nächsten 10 Jahre, welche nicht an die Einwohnerzahlen sondern an die oberzentrale Versorgungsfunktion gebunden sei. Die Region um Dessau-Roßlau sei als Wachstumsregion zu sehen, wobei durch die Einbeziehung in die Metropolregion Halle / Leipzig die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung für die nächsten Jahre gesichert werde.

Auf die Nachfrage des **Herrn Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, nach der Ostrandstraße Dessau, die in der Stellungnahme nicht zu finden sei, erklärte **Herr Schwarzbach**, dass man hier eine überregionale Betrachtung zu bewerten habe. Die Regionalentwicklungsplanung, in deren Inhalt auch die Ostrandstraße enthalten sei, werde nachfolgend bearbeitet.

Die Ostrandstraße sei Bestandteil des Verkehrsentwicklungsplans der Stadt, ergänzte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**. Sie stelle keine Bundes- sondern eine Entlastungsstraße dar. Bereits am 18.12.08 werde im Rahmen eines Gutachterverfahrens hinsichtlich des Kreuzungsbereichs in der Wasserstadt beraten, um eine Lösung mit geringstem Eingriff in das Gartenreich zu erarbeiten.

Dem gegenüber sei Inhalt der Informationsvorlage, dass weitere Gewerbestandorte entlang der Bundesautobahn A9, speziell im Bereich Kleutscher Straße vorgesehen werden, wobei an dieser Stelle Einklang mit der denkmalpflegerischen Planungen des Landes herbeizuführen sei, da dieses Gebiet zum Kerngebiet des Dessau-Wörlitzer Gartenreichs gehöre.

Seitens **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, wurde bemerkt, dass dafür eine Änderung des Flächennutzungsplans nötig werden würde und dass dies ein finanzielles Abenteuer für die Stadt bedeute, da der Bedarf an Gewerbeflächen unter dem jetzt schon vorhandenen Angebot liege.

Ebenso sei die Elbebrücke Aken eher als Wunschdenken zu bezeichnen. Man sollte als Stadt des Umweltbundesamtes andere Akzente setzen und die Forderung für diese Brücke herausnehmen. Gleichzeitig sei der Ortsumfahrung Roßlau, die in Konkurrenz zum Vorhaben Elbebrücke stehe, eine höhere Priorität bei zu messen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, entgegnete, dass seitens der Stadt das Interesse für eine Elbequerung im Bereich Aken nach wie vor bestehe.

Man versuche an dieser Stelle ein gemeinsames Vorgehen der Region stärker als bisher zu entwickeln und dies sei ein wichtiges Vorhaben für Aken und den Landkreis, so **Herr Schwarzbach**.

Herr Bürgermeister Gröger erklärte, dass die Stellungnahme so zu interpretieren sei, dass die Ortsumfahrung Aken als Schwerpunkt gefordert werde, da die Planungen zur Elbebrücke Aken zurückgestellt seien.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.4. Sachstandbericht über die Auswirkung der Baumschutzsatzung der Stadt Dessau-Roßlau vom 09.04.2008 Vorlage: DR/IV/121/2008/VI-83

Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt, erläuterte eingangs, dass die Baumschutzsatzung in ihrer aktuellen Fassung mittlerweile zu einer willkürlichen Handhabung im Umgang mit dem Ortsbild prägenden Baumbestand vor allem in den Hausgärten führe.

Man könne diese Vorgehensweise der Bürger nicht als Verstoß gegen örtliches Recht werten, so **Herr Mardicke, Amt für Umwelt- und Naturschutz**, da im Zuge der Novellierung der Baumschutzsatzung am 09.04.2008 der Ausschluss der Hausgärten aus den Regelungen beschlossen wurde. Jedoch sei das Naturschutzgesetz mit der Verpflichtung gegenüber Bäumen als Naturdenkmale und erhaltenswerte und zu pflegende Objekte verbunden. Diese Ansprüche werden nun nicht mehr erfüllt. Die in der Vorlage enthaltenen Beispiele für den Umgang mit erhaltenswertem Baumbestand gründen sich auf Hinweise von besorgten Bürgern, vor allem in den Ortsteilen Waldsiedlung Kochstedt und Haideburg, wo der Baumbestand als prägend für das Ortsbild zu bezeichnen sei.

Ziel der vorliegenden Vorlage sei es, den Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu bestätigen, die Baumschutzsatzung so zu ändern, dass sie den Ansprüchen des Naturschutzgesetzes entspricht. Es sei keine Verschärfung der Regelungen geplant, jedoch sollten Fällungen einer Genehmigung bedürfen. Um den Charakter der Orte zu erhalten seien Gehölze mit prägendem Erscheinungsbild zu erhalten bzw. zu ersetzen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, bemerkte, dass eine fachliche Begleitung der Bürger durch die Verwaltung nötig sei. Eine grundsätzliche Pflicht zur Beantragung von Fällungen halte er für denkbar, somit sei die Satzungsänderung als Entwurf durch das Fachamt zu erarbeiten und diesem Gremium als Beschlussvorlage zur Diskussion vorzulegen.

Er fühle sich durch die Vorlage desinformiert, erklärte **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**. Betroffene Stückzahlen fehlen ebenso wie die betroffenen Bereiche im Stadtgebiet. Anhand der Fotos sei erkennbar, dass es sich um Bäume nah der Häuser handle. Er bezeichne die erneute Novellierung der Baumschutzsatzung als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Verwaltung, die zu einer weiteren Überbelastung im Amt führen werde. Es sei eine differenzierte Betrachtungsweise nötig und nicht das Aufleben der alten Satzungsregelungen. Das gesamte Stadtgebiet sei nicht als relevant einzuschätzen, es seien klare Abgrenzungen festzulegen

Nach statistischer Auswertung der alten Satzungsregelungen seien ca. 50 Fällungsanträge pro Jahr aufgelaufen, so **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**. Diese Anträge sind schnell und unkompliziert beschieden worden. Oftmals genügte bereits ein Anruf beim zuständigen Mitarbeiter. Es sei ein Eingriff bei erhaltenswerten Bäumen möglich gewesen, die nötige Mitgestaltung durch die Verwaltung war gewährleistet.

Hinsichtlich der durch Herrn Rumpf angeregten Bereichsausweisung sprach **Herr Bürgermeister Gröger**. Notwendig sei eine Gleichbehandlung und die Einzelfallbetrachtung, eine pauschale Entscheidung sei nicht möglich.

Nicht zu vernachlässigen sei, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dass die Ortsbild prägenden Gehölze auch eine ökologische Funktion für die Allgemeinheit besitzen. Er plädierte für die Änderung der Satzung und für ein vernünftiges Verfahren in der Beantragung und Genehmigung.

Für den ländlich geprägten Raum sei eine andere Sichtweise nötig als für das Stadtgebiet, meinte **Herr König, Ortsbürgermeister Großkühnau**. Die hier dargestellten Beispiele halte er wegen ihrer Anonymität als negativ, eine Gesamtauswertung der Fallzahlen fehle. Dass die alten Regelungen der Baumschutzsatzungen keine Probleme aufwarfen, stimme nicht. Eventuell sei es nur kein problematischer Verwaltungsakt gewesen. Falls die Satzung geändert werde, bat er um für den Bürger verständliche und einfachere Regelungen.

Auf der Grundlage des hier erarbeiteten Grundkonsenses sowie weiterer Beobachtungen der Entwicklung werde die Verwaltung die Baumschutzsatzung überarbeiten und diesem Gremium zur Beratung in einer der nächsten Sitzungen vorlegen, resümierte **Herr Bürgermeister Gröger** als **Arbeitsauftrag** für die Verwaltung.

Dies fand allgemeine Zustimmung.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen**.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Beschluss über die Aktualisierung des städtebaulichen Rahmenplanes für das Sanierungsgebiet Dessau-Nord Vorlage: DR/BV/344/2008/VI-60

In seiner Einführung in die Beschlussvorlage verwies **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, auf die letzte Fortschreibung des Rahmenplans für das Sanierungsgebiet Dessau-Nord aus dem Jahr 2001 und beschrieb als Ziel der nun vorliegenden Überarbeitung die Abstimmung der abschließenden Maßnahmen mit dem Fördergeldgeber. Um den Abschluss in sieben Jahren zu erreichen, sei es notwendig, sich auf die wesentlichsten Dinge zu konzentrieren.

In Bezug auf die Ausweisung eines Sanierungsgebietes Innenstadt, fragte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, nach möglichen negativen Auswirkungen, wenn das Gebiet Nord noch weitere sieben Jahre aufrechterhalten werde.

Diese Fragen seien mit dem Fördergeldgeber besprochen worden, antwortete **Herr Schmieder**. Vor der Ausweisung neuer Gebiete sollte der Abschluss bestehender erfolgen. Davon unabhängig wurde deutlich gemacht, dass nicht zu erwarten sei, dass eine höher ausfallende Förderung bewilligt werden würde. Es wurde auf alternative Förderprogramme für die Innenstadt verwiesen.

Die Nachfrage von **Frau Lohde** hinsichtlich einer Prioritätensetzung der beiden Gebiete durch die Verwaltung sowie steuerliche Aspekte, beantwortete **Herr Schmieder** dahingehend, dass keine Prioritäten gesetzt werden. In Dessau-Nord werde man bis zum Abschluss mit Sanierungsgeldern agieren und in der Innenstadt werde man Mittel aus den Programmen Stadtum-

bau Ost, Aktive Ortsteilzentren sowie Soziale Stadt akquirieren. Die Ausweisung der Innenstadt als ungeförderes Sanierungsgebiet sei möglich, um die steuerlichen Aspekte zur Anwendung zu bringen. Dem gegenüber seien die Sanierungsziele in Nord einzuhalten bzw. nur begrenzt Abstriche vorzunehmen, da auf dieser Grundlage die Ausgleichsbeiträge berechnet werden.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, bat darum, den Auslaufprozess genauer zu definieren. Zum einen fehlen in der Darstellung Aussagen zur sozialen Situation, den Einwohnerwanderungen und ähnliche Entwicklungen. Zum anderen seien die Stellplatzsituation sowie der künftige Bedarf nicht schlüssig beschrieben. Es wurde viel öffentliches Geld verbaut, so dass eine weitergehende Betrachtung notwendig sei.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, unterstützte die Forderung nach einer Beleuchtung sozialer Verhältnisse im Gebiet, um die zukünftige Entwicklung besser einschätzen zu können.

Auf Nachfrage des **Herrn Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, nach dem Friederikenbad, erläuterte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, dass die in Verantwortung stehende Eigentümergemeinschaft mit einigen Lösungsvorschlägen aufgewartet habe. Aus Gründen des Denkmalschutzes habe man jedoch schwierige Rahmenbedingungen.

Zu den Vorschlägen des Herrn Dr. Schmidt sagte er zu, bereits zur Stadtratssitzung am 21.01.2009 die angefragten Unterlagen in die Vorlage einzuarbeiten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde der Beschlussvorschlag, mit der Maßgabe, die **Ergänzungen hinsichtlich der Erläuterungen der sozialen Struktur** im Sanierungsgebiet einzufügen, einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

**6.2. Befreiung von den Festsetzungen des B-Planes Nr. 118 "Städtisches Klinikum" zur Anlage einer Fahrgasse und von 12 Stellplätzen innerhalb einer Fläche mit Bindung für die Bepflanzung
Vorlage: DR/BV/437/2008/VI-61**

Die hier zur Abstimmung stehende Befreiung von den B-Planfestsetzungen im Bereich des Städtischen Klinikums beziehen sich auf die geplante Errichtung von Stellflächen für das Medizinische Versorgungszentrum auf einer Fläche, die mit einer Bindung für Bepflanzungen belegt sei, erläuterte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

**6.3. Abwägung zum geänderten Entwurf des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 204 "Handelsquartier am Schillerplatz"
Vorlage: DR/BV/460/2008/VI-61**

Einführungsbedarf sowie Rückfragen wurden nicht geäußert. Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

**6.4. Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 204 "Handelsquartier am Schillerplatz" im Stadtteil Roßlau
Vorlage: DR/BV/464/2008/VI-61**

Einführungsbedarf sowie Rückfragen wurden nicht geäußert. Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

**6.5. Gebietserweiterungen der Stadtumbaugebiete "Fördergebiet Innenstadt" (Dessau), "Elballee" (Dessau) und "Paulickring/Nordstraße" (Roßlau)
Vorlage: DR/BV/472/2008/VI-61**

Den Hintergrund der Erweiterungen der Fördergebiete Innenstadt, Elballee in Dessau sowie Paulickring/Nordstraße in Roßlau beschrieb **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, als Instrument zur zielgerichteten Lenkung der Fördergelder im Programm Stadtumbau Ost.

Die Nachfragen von **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, und **Frau Lohde, Fraktion der CDU**, zu den Beweggründen der Erweiterungen der Fördergebiete Elballee und Innenstadt beantwortete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, dahingehend, dass im Bereich Friederikenbad die Errichtung von Stellflächen vorgesehen sei und eine Angleichung an die Grenzen des Sanierungsgebietes erfolge. Im Bereich Elballee runde man das Gebiet ab und schließe die Wohnbebauung Flurstraße, die zum Rückbau vorgesehen sei, mit ein. Dass ein Straßenausbau im Gebiet Elballee im Quartierskonzept sowie als zukünftige Maßnahme vorgesehen sei, bestätigte sie.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

6.6. Offenlage des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 213 "Golfpark" der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/490/2008/VI-61

Nachdem **Herr Schmidt, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**, die durchgeführten Untersuchungen und Gutachten zum Standort Golfpark erläutert hatte und keine Rückfragen geäußert wurden, wurde dem Beschlussvorschlag in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

6.7. 2. Änderung des Flächennutzungsplans für den Ortsteil Dessau - Beschluss über die Billigung und die öffentliche Auslegung der Planentwürfe in der Fassung vom November 2008
Vorlage: DR/BV/491/2008/VI-61

Einführungsbedarf sowie Rückfragen wurden nicht geäußert. Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

6.8. Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße"
Vorlage: DR/BV/481/2008/VI-61

In seiner Sitzung am 11.12.08 wurde durch den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus die Vorlage zur Beschlussfassung in der Sitzung des Stadtrates am 21.01.09 einstimmig empfohlen, berichtete **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**.

Entgegen der ursprünglichen Planung wurde durch den Investor eine Standortkorrektur vorgenommen, die die Anlage von der Wohnbebauung um weitere 500 m entfernte. Die Zufahrtswege wurden dahingehend korrigiert, dass größtenteils aus Richtung Norden angefahren werde und die Ortslage Roßlau lediglich während der Erntezeit durch die Anlieferung von Maissilage betroffen sein wird. Diese Fahrtrouten können vertraglich vereinbart und deren Nichteinhaltung als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Weiterhin wurden die offenen Teile der Anlage aus der Hauptwindrichtung gedreht.

Der nun vorliegende Aufstellungsbeschluss stelle die Grundlage der Prüfungen hinsichtlich der Verträglichkeit einer solchen Anlage am gewählten Standort dar.

Herr Bürgermeister Gröger bat um die Teilnahme des Ausschussvorsitzenden an der Ortschaftsratssitzung, um das Vorhaben und dessen Gemeininteresse zu unterstützen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, erklärte dazu seine Bereitschaft.

Durch **Herrn Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, wurde der schlechte Zustand der Berliner Straße angemerkt, der dazu führen müsse, diese Verbindung als erste Priorität bei der Entscheidung zu Straßenausbauvorhaben in Roßlau anzusehen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 1

6.9. Gesamtmaßnahmebeschluss für die Städtebauliche Reparatur des Ensembles der Meisterhäuser in Dessau Vorlage: DR/BV/463/2008/V-41

Eingangs verwies **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, auf die zur Sitzung ausgereichten, die Vorlage ergänzenden Unterlagen, die auf der Grundlage der Festlegungen im Rahmen der Beschlussfassung zum Nutzungskonzept der Meisterhäuser in der vergangenen Stadtratssitzung getroffen wurden. Demnach werde man eine Erweiterung des Kellers der Haushälfte Moholy-Nagy zur Unterbringung von WC's und Technik, sowie eine Funktionsneuordnung im Gropiushaus vorsehen. Des weiteren werde als Prüfauftrag die zweigeschossige Nutzung des Gropiushauses in die weitere Planung einbezogen.

Die Frage zur Finanzierung der Baukosten von **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, beantwortete **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, dahingehend, dass man langfristig eine Summe von 2,4 Mio. € zur Förderung angemeldet habe. Aufgrund der nach Konkretisierung der Planung feststehenden Gesamtkosten in Höhe von 2,6 Mio. € werde man diese Anträge entsprechend überarbeiteten.

Diese Mehrkosten beziehen sich auf Maßnahmen zur Erreichung einer Barrierefreiheit der Gebäude sowie auf die Einbeziehung der Gehwege entlang der Meisterhaussiedlung, ergänzte **Herr Bekierz**.

Zur Nachfrage des **Herrn Dr. Schmidt**, die Stellplätze entlang der Ziebigker Straße betreffend, erläuterte **Herr Bekierz**, dass eine Zwischenlösung erarbeitet werde, bis man im Zuge des zu errichtenden Kreisverkehrs auf die Linksabbiegespur in diesem Bereich verzichten könne.

Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES Forum, bat darum, bei der Einrichtung der Baustelle mit Bauwagen, Lagerplätzen etc. den Rest der Meisterhaussiedlung zu beachten und in der Außenwirkung nicht zu beeinträchtigen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

Durch **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, wurde darüber informiert, dass die geforderte Prioritätenlisten für die zukünftigen Straßenausbaumaßnahmen bis zum 23.01.09 zur Verfügung gestellt werden.

Auf Nachfrage des **Herrn Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, nach den Aktivitäten im Elbzollhaus, informierte **Frau Lüttich, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**, darüber, dass nach erfolgtem Eigentumswechsel die Arbeiten in Abstimmung mit dem Stadtplanungs- und dem Bauordnungsamt durchgeführt werden.

Zur Frage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, nach dem Zeitplan zur Erarbeitung eines Leitbildes sowie des Masterplans Innenstadt, erklärte **Frau Jahn, Leiterin**

des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege, dass die Arbeiten am Leitbild vorerst gestoppt seien und für die Erarbeitung des Masterplans für die Innenstadt für Mitte Januar 2009 eine Abstimmung mit dem neuen Dezernenten für Wirtschaft und Stadtentwicklung und dem IBA-Büro geplant sei. Ein Bericht zum weiteren Vorgehen sei für die nächste Bauausschusssitzung vorgesehen.

Nachdem keine weiteren Fragen geäußert wurden, dankte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, im Namen aller Mitglieder des Ausschusses für das Wirken des **Herrn Bürgermeister Gröger** in den vergangenen Jahren und wünschte ihm alles Gute für den weiteren Lebensweg. Herr Bürgermeister Gröger sprach anschließend eine Einladung für seine Verabschiedung am 19.12.08 aus.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden **Herrn Schönemann** um 18:50 Uhr geschlossen.

11. Schließung der Sitzung

Mit den besten Wünschen für das bevorstehende Weihnachtsfest sowie den Beginn des neuen Jahres schloss **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Sitzung um 19:20 Uhr.

Dessau-Roßlau, 29.06.23

Ralf Schönemann
Vorsitzender des
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

- Anwesenheitsliste